

Aus den arabischen Demokratiebewegungen spricht der Wunsch nach einer eigenen Zukunft. Die Provokationen an der israelischen Grenze führen zurück zur Vergangenheit

Der Palästina-Konflikt, relativiert

Von Gerd Held

Ein Marsch „für die Rückkehr nach Palästina“ sollte es sein, mit dem am vergangenen Wochenende versucht wurde, die Nordgrenze Israels gewaltsam zu überschreiten. Der Naqba-Tag erinnert die Palästinenser, dass sie einen Teil ihrer Heimat verloren. Es ist ein schmerzlicher Tag. Aber der Versuch, diesen Verlust durch eine „Rückkehr“ zu revidieren, würde Israel zerstören, den Staat, mit dem das jüdische Volk seiner Vernichtung entkommen ist. Keine Aufrechnung von Schuld kann dem palästinensisch-israelischen Konflikt einen Ausweg bieten, denn hier stoßen zwei schlimme Völkerschicksale aufeinander. Man kann es drehen und wenden wie man will: Der Blick zurück in die Vergangenheit, so wichtig er ist, wird keine Grundlage für eine sichere Zukunft beider Seiten bieten. Die Zukunft muss neu gedacht und angefangen werden. Das ist viel verlangt und es ist sehr wahrscheinlich, dass dazu viel Zeit und neue Generationen benötigt werden. Deshalb darf man nicht erwarten, dass der Palästina-Komplex ganz oben auf der Tagesordnung steht, wenn Reformen und Fortschritte im Nahen Osten und in Nordafrika Einzug halten. Wer hier allzu sehr drängt, gerät schnell in die Sackgasse der alten Konfrontation und gibt den Ressentiments neue Nahrung. Es ist deshalb ganz falsch, wenn eine Berliner Tageszeitung zu den Grenzprovokationen schrieb „Der arabische Frühling erreicht Israel“. Diese Aktion ist nicht Teil der arabischen Demokratiebewegungen. Sie haben etwas ganz anderes im Sinn als eine „Rückkehr“. Ihre politische Errungenschaft besteht darin, dass sie nach der Zukunft im

eigenen Land fragen. Hier will die jüngere Generation ihre Hoffnungen und Wünsche im eigenen Land berücksichtigt sehen.

Damit haben die Menschen eine erstaunliche Umkehr der Tagesordnung bewirkt. Die inneren Verhältnisse in den verschiedenen Ländern des Nahen Ostens und Nordafrikas stehen im Vordergrund. Der palästinensisch-israelische Konflikt hat an Bedeutung verloren. Nicht, dass er gelöst wäre. Aber der Komplex „Palästina“ hat an Gewicht verloren. Er schwebt nicht mehr wie ein Fluch oder wie eine Verheißung über allem. In der neuen Vielstimmigkeit der arabischen Nationenwelt ist er zu einer Teilgröße geschrumpft.

Damit hat eine außenpolitische Doktrin ihre Grundlage verloren, die auch in der westlichen Welt sehr einflussreich war: Die Doktrin, dass der palästinensisch-israelische Konflikt der Generalschlüssel zum Fortschritt in der ganzen Region sei. Zuerst, so hieß es, müsse hier eine Lösung erreicht werden, bevor sich dann im Folgenden Frieden und Demokratie weiter ausbreiten könnten. Dies „zuerst“ hatte eine Reihe fataler Folgen. Es diente verschiedenen arabischen Regimen als Ausrede, um von den Zuständen in ihren Ländern abzulenken. Es blockierte ebenfalls die Entwicklung der Partnerschaft mit Europa. So boykottierten arabische Länder Sitzungen im Rahmen der Mittelmeerunion mit dem Hinweis auf israelische Interventionen im Gazastreifen. So lief die Palästina-Doktrin in der Tendenz immer darauf hinaus, Israel die Verantwortung aufzubürden. Weil dieser Konflikt zum Generalschlüssel hochgespielt wurde, wurde indi-

rekt eine Bringeschuld Israels festgesetzt: Israel sollte den Palästinensern entgegenkommen, dann gäbe es Frieden und auch die anderen arabischen Regime könnten sich öffnen. Hier zeigt sich, dass die Palästina-Doktrin sich wenig um die Menschen in den arabischen Ländern kümmerte und ihnen zumutete, ihre eigenen Wünsche zurückzustellen. Es war im Grunde eine recht arrogante Doktrin, was die Mündigkeit der arabischen Völker und die Freiheitskräfte im arabisch-islamischen Kulturkreis angeht.

Doch nun ist es anders gekommen. Aus diesem Kulturkreis kommt das klare Signal, dass man nicht länger warten kann und will. Ansprüche werden gegenüber der eigenen Regierung geltend gemacht. Gewiss kann man heute nicht absehen, inwieweit diese Ansprüche durchsetzbar sind. Ein längerer Prozess mit vielen Zwischenstationen und großen nationalen Unterschieden ist zu erwarten. Aber dieser Prozess ist in Gang gekommen und nicht mehr reversibel. Der direkte Blick der Demokratie auf die Zustände im eigenen Land ist nicht mehr umzubiegen auf einen äußeren Feind. Das schränkt den Spielraum der alten Regime ein. Und es schränkt ebenfalls die Möglichkeiten einer islamistischen Wende ein, denn der Fundamentalismus hat auf die Anliegen der Volksbewegung keine Antwort. Er kann im Grunde auch nur ein „Warten“ predigen und die Menschen mit Feindbildern in Bann zu halten versuchen. Für eine freiere Gestaltung des Lebens haben die fundamentalistischen Kräfte nichts zu bieten. Sie haben keine Antworten in einer Situation, in der das Interesse an mehr Informationen und neuen Erfahrungen immens gewach-

sen ist. Die geistig-kulturellen Eckdaten in der ganzen Region haben sich geändert.

Damit ist auch die Geschäftsgrundlage der Palästina-Doktrin, die die ganze Region an die Lösung eines besonders schwierigen Konflikts fesselte, entfallen. Eigentlich gilt jetzt eine umgekehrte Logik: Zuerst müssen die demokratischen Bewegungen in den arabischen Ländern zu Resultaten kommen, bevor dann auch in den palästinensisch-israelischen Konflikt Bewegung kommen kann. Seine Lösung kann nur im Rahmen eines neuen Gesamtszenarios gefunden werden. Nur wenn die Region freier und vielstimmiger geworden ist, wird eine nachhaltige Anerkennung Israels und ein eigener palästinensischer Staat möglich. Die Reihenfolge muss sich umkehren.

Die europäische Politik darf jetzt nicht den Fehler machen, falsche Erwartungen zu wecken – bei allem Schmerz und aller Not, die mit „Palästina“ verbunden ist. Aus der Aktion an der israelischen Nordgrenze spricht eine Rückkehr zu den alten Blockaden der Geschichte. Eine solche Rückwendung passt nicht zum Geist der arabischen Demokratiebewegungen. Sie bieten eine andere, bessere Chance für die ganze Region. In der palästinensisch-israelischen Konfrontation käme es jetzt auf die mäßigen Fähigkeiten der internationalen Diplomatie an, nicht auf die großen Pläne. Größer denken sollte Europa bei einem eigenständigen, südlichen Partnerschaftssystem, das den Ländern von Nordafrika bis Nahost mehr Gewicht und Stimme bietet. War das nicht die Idee, die bei der Gründung der „Mittelmeerunion“ schon anklang, aber damals noch nicht in die Zeit passte?

(Manuskript vom 19.5.2011, erschienen als Leitartikel in der Tageszeitung DIE WELT am 27.5.2011 unter der Überschrift „Schubumkehr in Nahost“)